



Brüssel, den 16. April 2018
(OR. en)

7925/18

CYBER 62
COPS 90
JAI 310
COPEN 97
DROIPEN 50
RELEX 313

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

vom 16. April 2018

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: 7517/18

Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zu böswilligen Cyberaktivitäten - Billigung

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu böswilligen Cyberaktivitäten, die der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf seiner Tagung vom 16. April 2018 angenommen hat.

Schlussfolgerungen des Rates zu böswilligen Cyberaktivitäten

Der Rat der Europäischen Union hat die folgenden Schlussfolgerungen angenommen:

Die EU betont, wie wichtig ein globaler, offener, freier, stabiler und sicherer Cyberraum, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt gelten, für das soziale Wohlbefinden, das Wirtschaftswachstum, den Wohlstand und die Integrität unserer freien und demokratischen Gesellschaften ist.

Die EU verweist auf ihre Schlussfolgerungen über einen Rahmen für eine gemeinsame diplomatische Reaktion der EU auf böswillige Cyberaktivitäten^[1], die einen Beitrag zur Konfliktprävention, Zusammenarbeit und Stabilität im Cyberraum leisten und in denen Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, einschließlich restriktiver Maßnahmen, dargelegt werden, mit denen böswillige Cyberaktivitäten verhindert bzw. darauf reagiert werden kann.

Die EU bekundet ihre tiefe Besorgnis darüber, dass Drittstaaten und nichtstaatliche Akteure in zunehmendem Maße in der Lage und bereit sind, zur Verwirklichung ihrer Ziele auf böswillige Cyberaktivitäten zurückzugreifen, und wird ihre Fähigkeiten zur Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen weiter ausbauen. Die EU erkennt an, dass der verzahnte und komplexe Charakter des Cyberraums gemeinsame Anstrengungen von Regierungen, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft, Fachkreisen, Nutzern und der Wissenschaft erfordert, um die sich stellenden Herausforderungen zu bewältigen, und fordert diese Akteure auf, ihre jeweilige spezifische Verantwortung für den Erhalt eines offenen, freien, sicheren und stabilen Cyberraums anzuerkennen und wahrzunehmen.

Die EU verurteilt entschieden die böswillige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), einschließlich im Fall von Wannacry und NotPetya, die beträchtlichen Schaden und wirtschaftlichen Verlust in und außerhalb der EU angerichtet haben. Derartige Zwischenfälle destabilisieren den Cyberraum ebenso wie die physische Welt, da sie leicht falsch interpretiert werden können und Kettenreaktionen auslösen könnten. Die EU betont, dass der Missbrauch von IKT für böswillige Zwecke nicht hingenommen werden kann, da er unsere Stabilität, Sicherheit und die Vorteile untergräbt, die das Internet und die Nutzung von IKT bieten.

[1] Dok. 9916/17.

Die EU wird sich auch weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass das geltende Völkerrecht auf den Cyberraum Anwendung findet, und betont, dass die Achtung des Völkerrechts, insbesondere der VN-Charta, von wesentlicher Bedeutung ist, um Frieden und Stabilität zu erhalten. Die EU hebt hervor, dass die Staaten keine Stellvertreter einsetzen dürfen, um mittels IKT völkerrechtswidrige Handlungen zu begehen, und nach bestem Bemühen dafür Sorge tragen sollten, dass nichtstaatliche Akteure von ihrem Hoheitsgebiet aus keine derartigen Handlungen begehen, wie es im Bericht der von den Vereinten Nationen eingesetzten Gruppe von Regierungssachverständigen für den Bereich Information und Telekommunikation im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit (UN-GGE) von 2015 beschrieben wurde.

Die EU betont, dass die Einhaltung freiwilliger, nicht bindender Normen für ein verantwortungsvolles Verhalten der Staaten im Cyberraum zu einem offenen, sicheren, stabilen, zugänglichen und friedlichen IKT-Umfeld beiträgt. Die EU hebt hervor, dass die Staaten gehalten sind, von IKT-Tätigkeiten, die ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zuwiderlaufen, abzusehen, und nicht wissentlich zuzulassen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet mit Hilfe von IKT völkerrechtswidrige Handlungen begangen werden, wie in dem Bericht der UN-GGE von 2015 festgestellt wurde.

Die EU bekundet ihre Bereitschaft, innerhalb der VN und anderer einschlägiger internationaler Gremien weiterhin auf die Weiterentwicklung und Umsetzung der freiwilligen, nicht bindenden Normen, Regeln und Grundsätze für ein verantwortungsvolles Verhalten der Staaten im Cyberraum hinzuwirken, wie es in den Berichten der jeweiligen UN-GGE aus den Jahren 2010, 2013 und 2015 deutlich beschrieben wurde.
